"Grenzen europäischer Kartelle" in Deutsche Zeitung (31. Dezember 1957)

Legende: Am 31. Dezember 1957 analysiert die Deutsche Zeitung den Einfluss der Politik zur Bekämpfung der Industriekartelle auf den europäischen Binnenmarkt und befasst sich mit den Schwierigkeiten bei der Einführung einer Kartellgesetzgebung.

Quelle: Deutsche Zeitung. mit Wirtschaftszeitung. Silvester 1957, n° 104; 12. Jg. Stuttgart: Curt E. Schwab GmbH. "Grenzen europäischer Kartelle", p. 9.

Urheberrecht: (c) Deutsche Zeitung

URL: http://www.cvce.eu/obj/grenzen_europaischer_kartelle_in_deutsche_zeitung_31_dezember_1957-de-63f5aabc-8880-4a1f-a844-b80becc652ee.html

Publication date: 21/01/2015

Grenzen europäischer Kartelle

Lobby statt Kartellkontakte

A. F. PARIS

Man ist leicht geneigt, den Gemeinsamen Markt mit einer europäischen Kartellierung zu verbinden. Manche Beobachter gehen so weit, zu versichern, der Gemeinsame Markt könne nur dann erfolgreich verwirklicht werden, wenn es der Industrie gelinge, seine Antikartellbestimmungen zu umgehen. Selbstverständlich bedarf es zur Vermeidung von Pannen und im Interesse einer sinnvollen europäischen Arbeitsteilung sowie einer Harmonisierung der Produktionsverhältnisse einer engeren Zusammenarbeit zwischen den interessierten Industriegruppen der einzelnen Länder. Die Trennungslinie zwischen dieser konstruktiven Zusammenarbeit und dem Kartell läßt sich mitunter nur schwer ermitteln, während andererseits ein kleiner Schritt genügt, um von dem Spezialisierungskartell, das national und international anerkannt ist, zum Preis- und Marktaufteilungskartell zu gelangen, das allgemein verurteilt wird. Die Kartellierungsverlockung erscheint um so größer, als die Industriegruppen in der Vorbereitungsperiode des Gemeinsamen Marktes gezwungen sind, häufig miteinander Fühlung aufzunehmen, schon im Interesse der engeren Zusammenarbeit zwischen den europäischen Behörden und der Wirtschaft. Das Entstehen europäischer Industrieverbände, die schrittweise aufgebaut werden und ebenso wirkungsvoll sein werden wie die nationalen Industrieverbände, dürfte mehr als wahrscheinlich sein.

Trotzdem sollte man sich vor übertriebenen Befürchtungen vor einer europäischen Kartellhysterie hüten. Erfreulich für die Verbraucher, stehen der stillschweigenden Kartellierung nicht geringe Hindernisse im Wege. Bei dem gegebenen Kartellverbot sind zunächst nur private Abmachungen möglich. Wenn man die Diskretion wahren will, muß man sie auf eine beschränkte Anzahl von Betrieben beschränken. In den meisten Fällen liegt deshalb eine umfassende Kartellierung außer Reichweite. Man sollte auch die Widerstandskraft der Klein- und Mittelbetriebe nicht unterschätzen. In allen Ländern befinden sie sich, nicht zuletzt im Hinblick auf den Gemeinsamen Markt, in Abwehrstellung. Sie wollen die ihnen bevorstehende Prüfung überleben; sie sind entschlossen, sich zu größeren Einheiten zusammenzuschließen, sich zu modernisieren und sich vielleicht auch international zu verflechten. Mit Kartellvereinbarungen dürfte ihnen um so weniger gedient sein, als die Großbetriebe an ihrem Fortbestand kein Interesse haben. Ihr Erfolg hängt demnach von einem freien und energischen Kampf auf dem europäischen Markt ab. Andererseits ist das europäische Kartell an andere Voraussetzungen gebunden als das nationale. Die zu überwindenden Interessengegensätze sind viel größer. Für eine Marktaufteilung dürfte, von Ausnahmen abgesehen, gerade in der Anlaufsperiode das Gelände nicht genügend vorbereitet sein. Die einzelnen Betriebe müssen erst einmal zeigen, was sie auf dem europäischen Felde zu leisten vermögen. Soweit Fühlungnahmen bisher stattfanden und man darüber unterrichtet ist, ging es viel mehr um Spezialisierung und Arbeitsteilung als um Kartellfragen im eigentlichen Sinne. Ein weiteres Ziel ist die Zusammenarbeit auf dritten Märkten, besonders für Großaufträge.

Zu den Kartellhindernissen gehört auch die tief verwurzelte „antieuropäische", um nicht zu sagen „nationalistische" Einstellung eines großen Teiles der europäischen Industriellen. Nicht selten fehlt der persönliche Kontakt und das Vertrauen. Die menschlichen Beziehungen zwischen den führenden Persönlichkeiten der französischen und deutschen Stahlindustrie z. B. sind, trotz Schumanplan und gemeinsamem Exportkartell, denkbar schlecht geblieben. Man könnte noch andere französische oder deutsche Industriegruppen nennen, deren Verantwortliche vorläufig wenig zu einer europäischen industriellen Verbrüderung geneigt sind. Schließlich spielen auch die unterschiedlichen Größen eine Rolle. Es gibt Industriezweige, in denen deutsche Großbetriebe eine derartig überragende Stellung einnehmen, das heißt viel stärker konzentriert sind als z. B. französische Gesellschaften, so daß Kartellabsichten nicht zuletzt aus psychologischen Gründen an diesem Mißverhältnis scheitern würden. Es bleibt allerdings in diesem Falle die Möglichkeit, die französischen Betriebe zusammenzuschließen und kollektiv dem deutschen Partner gegenüberzustellen.

Wichtiger erscheint, vor allen Dingen für die nächste Zukunft, die Versuchung der Industrie, ihre Interessen

gemeinsam bei den europäischen Einrichtungen zu verteidigen, wobei es nicht zuletzt darum geht, bei den bevorstehenden Besprechungen über die lange Liste der noch nicht endgültig festgesetzten Außenzolltarife der Gemeinschaft ein wichtiges Mitspracherecht zu erhalten, teils zugunsten niedriger Zollsätze für benötigte Rohstoffe und Halberzeugnisse, teils aus protektionistischen Erwägungen zugunsten höherer Zölle. Es ist kein Geheimnis, daß verschiedene europäische Industrieverbände entschlossen sind, mehr oder weniger umfangreiche Vertretungen in der Nähe der europäischen Behörden zu errichten. Man will an der Quelle sitzen, zahlreiche Beziehungen mit den zunächst nicht gerade erfahrenen neuen europäischen Beamten anknüpfen, somit ein europäisches Lobby schaffen.